

Deutsche Rundschau

in Polen

früher Ostdeutsche Rundschau
Bromberger Tageblatt

Bezugspreis: In den Ausgabestellen und Filialen monatl. 4,50 Zl. vierteljährlich 14,66 Zl. mit Zustellgeld 4,80 Zl. Bei Postbezug monatl. 4,89 Zl. vierteljährlich 14,66 Zl. Unter Streifenband in Polen monatl. 8 Zl. Danzig 3 G., Deutschland 2,50 RM. — Einzel-Nr. 25 gr., Sonntags-Nr. 30 gr. Bei höherer Gewalt (Betriebsstörung u.) hat der Bezahler keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. — Fernruf Nr. 594 und 595.

Anzeigenpreis: Die einseitige Millimeterzeile 15 gr., die Millimeterzeile im Reklameteil 125 gr., Danzig 10 bzw. 80 D. Pf. Deutschland 10 bzw. 70 Pf. übriges Ausland 100%, Aufschlag. — Bei Blockvorschrift u. schwierigem Satz 50%, Aufschlag. — Abstellung von Anzeigen schriftlich erbeten. — Offertengebühr 100 gr. — Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen. Postkonten: Polen 202157, Danzig 2528, Stettin 1847.

Nr. 270

Bromberg, Freitag, den 24. November 1933

57. Jahrg.

Küdt England von Sir John Simon ab?

Vorstöß gegen falsche Genfer Politik.

Die Genfer Abrüstungskonferenz, die im März dieses Jahres durch den von allen Mächten als Verhandlungsgrundlage angenommenen Konventionentwurf Macdonalds eine feste, zum Ziel führende Linie zu erhalten schien, ist an der Variante, die Sir John Simon auf französische Einbläserien hin dem Konzept seines Premierministers gab, zerplatzt. Die Genfer Rede Simons, mit der er den abgeänderten Plan vorlegte und vertrat, wurde der unmittelbare Anlaß zum Ausscheiden Deutschlands aus der Konferenz.

Damals hat ein englischer Kabinettsrat sich beeilt, dem Außenminister zu beschreiben, daß er seine Rede auf Grund vorheriger Verständigung mit seinen Ministerkollegen gehalten habe. Heute veröffentlicht die „Times“ einen Artikel, von dem man behauptet, daß der stellvertretende Ministerpräsident Baldwin ihn inspiriert habe und in dem Sir John Simon mit der Verantwortung für den Bruch Deutschlands mit Völkerbund und Abrüstungskonferenz belastet wird. Simon habe den Franzosen in letzter Stunde ein unzeitgemäßes Zugeständnis gemacht. In England bestimme das unbefugliche Gefühl, daß die britische Delegation unter Führung Simons damals in Paris, unmittelbar vor der entscheidenden Genfer Sitzung, ausgegittert sei.

Das ist hart für Sir John Simon. Die englische Öffentlichkeit deutet den Artikel als scharfen Angriff gegen seine Stellung als Außenminister, die dadurch zweifellos geschwächt wird. Wenn Baldwin es für richtig hielt, in diesem Augenblick so vernehmlich von Simon abzurücken, so muß man sich natürlich fragen, welcher Zweck damit verfolgt wird. Dem offiziellen Leitartikel ist in den letzten Tagen durch Zuschriften prominenter politischer Persönlichkeiten an den Herausgeber der „Times“ schon wirksam prälimiert worden. In diesen Zuschriften kehrt übereinstimmend die Auffassung wieder, Simons Begründung für die Einschaltung einer langen Bewährungsfrist in den Abrüstungsplan und die Verweigerung der sofortigen Gleichberechtigung Deutschlands sei nicht sich haltend. Der Wandel des innerpolitischen deutschen Regimes, der zur Rechtfertigung von Simon herangezogen worden sei, wäre schon erfolgt, bevor Macdonald im März seinen Konventionentwurf vorgelegt habe. Es sei unlogisch, nun jetzt plötzlich zu erklären, die Tatsache dieses Regimes erlaube es nicht, an dem Grundgedanken des Macdonaldschen Planes festzuhalten.

Die „Times“ verlangt denn auch die Rückkehr Englands zu der ursprünglich von ihm eingenommenen Position, und hält das für um so dringlicher, als die Gleichberechtigung Deutschlands ja bereits versprochen wurde und nach der Auffassung der britischen Öffentlichkeit jetzt, 15 Jahre nach dem Kriege, überfällig geworden sei. In diesem Sinne bereitet die „Times“ auf einen unabhängigen Schritt der Britischen Regierung vor, mit dem die Initiative zu einer Entwirrung der verflochtenen Fäden des Abrüstungsproblems ergriffen werden würde. Das würde allerdings eine Abkehr von der Politik Simons bedeuten, und es paßt zu dieser politischen Wendung, die mit den Absichten Macdonalds übereinstimmen soll, nicht ganz, daß gleichzeitig aus London gemeldet wird, Sir John Simon werde sich nach Paris begeben, um mit den französischen Ministern über weitere Schritte in der Abrüstungsfrage zu verhandeln.

Auf jeden Fall hat es den Anschein, daß in der englischen Politik neue Gedankengänge zum Durchbruch kommen, die nicht mehr unbedingt an der Erwartung einer vorbehaltlosen Rückkehr Deutschlands an den Genfer Konferenz festhalten und unter Umständen auch andere Wege für die Fortsetzung der Verhandlungen ins Auge fassen. Damit würde der Politik der Französischen Regierung, die sich ja eben noch einmal auf Genf festgelegt hat, eine Stütze entzogen werden. Und das in demselben Augenblick, in dem der Führer der französischen Rechtsopposition, Tardieu, sich scharf gegen die Ausführungen Paul-Boncourts und Sarrants, die für die Fortsetzung der Abrüstungskonferenz plädierten, aussprach. Alle Welt ziele sich von Genf zurück, und es werde nicht von den französischen Staatsmännern abhängen, ob man dahin zurückkehre. Herr Tardieu hat damit sicherlich einer Politik der schärferen Tonart das Wort reden wollen. Aber die Politiker, die das in der Opposition tun, sind in der Verantwortung mitunter für fruchtbarere Verhandlungen brauchbarer, als diejenigen, die sich aus Mangel an innerer Entschiedenheit an das Dogma eines überlieferten Verhandlungsschemas klammern. Auf jeden Fall ist der Kreis der an Genf Hängenden zusehens im Schwanden begriffen. Wir können nicht finden, daß das die deutsche Position verschlechtert. Im Gegenteil. Auch der Notruf Hendersons, des sozusagen in der Abdankung begriffenen Präsidenten der Abrüstungskonferenz, wird an der Lage nichts ändern. Der Versuch, das Schwergewicht der politischen Entscheidungen wieder in die Genfer Konferenz zurückzuverlegen, ist kaum aussichtslos. Der Weg geht jetzt über direkte diplomatische Verhandlungen zwischen den Großmächten.

Pariser Nebel

und der Weg der polnischen Außenpolitik.

(Von unserem ständigen Warschauer Berichterstatter.)

Die Regierungspresse hat in ihren Spalten eine ständige Rubrik „der ausländischen Pressestimmen“ über das deutsch-polnische Einvernehmen eingerichtet. Eine gleiche Rubrik, wenn auch mit entgegengesetzter Tendenz, führt die Oppositionspresse. Diese Rubrik der Oppositionspresse ist inhaltlich viel ärmer, weil sie ihr Material nur aus französischen Diktierfässern schöpft. Es werden immer wieder dieselben Namen der rechtsgerichteten Auser im politischen Streit und dieselben Blätter erwähnt, welche für den absoluten Stillstand aller Dinge der Westpolitik plädieren. Die Tendenz dieser „Pressestimmen“ äußert sich darin, Argwohn hinsichtlich des eigentlichen geheimen Inhalts des deutsch-polnischen Einvernehmens wachzurufen. Zwischen den Argwohnischen an der Seine und benjenigen an der Weichsel geht übrigens ein reger Austausch vor sich, der beträchtlich zur Verdunkelung der Situation beiträgt. Nachstehend ein typisches Beispiel.

Die polnischen rechtsoppositionellen Kreise, welche mit einigen Kreisen und Blättern ähnlicher reaktionär-nationalistischer Richtung, vor allem mit dem „Journal des Débats“, zusammenarbeiten, lassen sich heute durch eine Meldung alarmieren, welche dieses Pariser Blatt von seinem Berliner Korrespondenten erhalten hat. Der französische Korrespondent will erfahren haben, daß der Reichskanzler Hitler während des zweitägigen Gesprächs mit dem polnischen Gesandten Bispi, den Wunsch geäußert hätte, Polen möge eine passive Haltung bewahren und sich jeder diplomatischen oder irgendwelcher anderen Intervention im Falle enthalten, wenn unter dem Druck unvorhergesehener Ereignisse die Gleichschaltung der Regierungen in Berlin und in Wien durchgeführt werden sollte. Die von Polen geübte Zurückhaltung würde — sagte der Reichskanzler — die Erfolgsansichten der nationalsozialistischen Politik in Österreich hervorragend steigern. Der Korrespondent des „Journal des Débats“ fügt begrifflicherweise hinzu, daß er keine Kenntnis davon habe, welche Antwort der polnische Gesandte auf diesen Vorschlag gegeben hat.

Derselbe Korrespondent weiß auch zu melden, daß der Reichskanzler in demselben Gespräch auf die Frage des friedlichen Einflusses Deutschlands in Litauen und in den baltischen Ländern berührt und den Wunsch geäußert habe, daß von polnischer Seite diesem Einfluß keine Hindernisse entgegengestellt werden.

Eine Analyse dieser Meldung zeigt jedem Einsichtigen sofort, worauf diese naive Intrige hinführt, nämlich den Eindruck zu erwecken, daß Polen in die Lage geraten sei, oder sich selbst begeben habe, in welche es zu geraten wünsche.

Deutschlands unbedingter Friedenswille.

Eine neue Unterredung mit dem Reichskanzler.

Der Pariser „Matin“ veröffentlicht eine Unterredung, die Reichskanzler Adolf Hitler einem Vertreter der Pariser „L'Information Economique et Financière“, Redakteur Brinon, gewährt hat. Brinon hebt die zwanglose, herzliche Aufnahme durch den Reichskanzler hervor, der im Gegensatz zu anderen Staatsmännern jedes Zeremoniell und jedes Inzidenzen vermeidet, dessen inneres Feuer aber belebend zum Ausdruck kommt.

Der Reichskanzler habe erklärt, daß seine Einstellung stets die gleiche sei. Er wünsche die Aussprache und Verständigung, weil er darin die Garantie für den Frieden erblicke. Er wolle, daß dieser wahrhafte Frieden zwischen loyalen Gegnern geschlossen werde. Er habe dies wiederholt erklärt, aber man habe ihm immer nur mit mißtrauischen Worten geantwortet. — Sein Wille habe sich jedoch nicht gewandelt.

„Ich glaube“ — so erklärte der Reichskanzler — „daß das Ergebnis der Volksabstimmung meinem Wunsch neue Kraft gibt. Wenn früher Stresemann oder Brüning verhandelt, so konnten sie sich nicht darauf berufen, daß das deutsche Volk hinter ihnen stehe. Ich aber habe ganz Deutschland! Ich habe dem Volk nicht verheimlicht, was ich wollte. Das Volk hat meine Politik gebilligt.“

Das Gespräch sei dann auf das

deutsch-französisches Problem

übergegangen. Adolf Hitler, so schreibt Brinon, glaube an die Notwendigkeit einer deutsch-französischen Verständigung. „Ich habe die Überzeugung“, so habe der Reichskanzler erklärt, „daß, wenn die Frage des Saargebietes, das deutsches Land ist, einmal geregelt ist, nichts Deutschland und Frankreich in Gegensatz zu einander bringen kann.“

Saar-Lothringen ist keine Streitfrage.

Aber wie lange nicht wird man wiederholen müssen, daß wir weder absorbieren wollen, was nicht zu uns gehört, noch daß wir uns von irgend jemand lieben lassen sollen, der uns nicht liebt!

Es werde vielleicht Aufträge des deutschen Reichskanzlers entgegennehmen müssen. Da gleichzeitig mit keinem Worte erwähnt wird, womit Polen entgolten werden soll, eröffnet sich ein weites Feld für alle nur möglichen phantastischen Flüge düsteren Argwohns. Es fällt jedoch der Regierung gar nicht ein, sich durch die aufsteigenden französischen Nebel verwirren zu lassen, oder sich gar veranlaßt zu sehen, einen von den Gedanken der Öffentlichkeit preiszugeben, die sie bei der Verfolgung des neuen Weges ihrer Außenpolitik leiten. Es gibt keine Pressestimmen, und mögen sie noch so pariserisch sein, die imstande wären, eine Regierung, die die Schädlichkeit des Nebels in Situationen, bei welchen nur die Tat gilt, begreift, zum Reden zu bringen. Es steht indessen dem außenpolitisch denkenden Menschen frei, sich eine Vorstellung von den Ideen zu bilden, welche dem jetzigen Kurs der polnischen Außenpolitik zugrunde liegen müssen. Diese Ideen, die doch auf das unentzerrbar Kommende gerichtet sind, müssen auf der Einsicht fußen, daß es mit der Hege- monie Frankreichs in Europa endgültig vorbei ist und daß es, anstatt dem Phantom einer unmöglichen Koalition gegen Deutschland nachzujagen, unvergleichlich vernünftiger ist, sich zur rechten Zeit und aus eigener Initiative in ein System einzuschalten, dem die Zukunft in Europa gehört.

Daß die Gespräche über den Ausgleich des Lebens und Regiments in diesem neuen System nicht auf den Markt getragen werden können, ist in einer Zeit der Herrschaft des Führerprinzips und der integralen Verantwortlichkeit der Führung nur selbstverständlich.

Deutsche Anfrage an Polen.

Berlin, 22. November. (PAZ) In ihrer Wochenschau der Außenpolitik schreibt die „Berliner Börsenzeitung“: „Was die deutsch-polnischen Verhandlungen anbetrifft, so entsteht die Frage, ob die deutsche Nachgiebigkeit Polen bewegen wird, den unverföhnlichen Standpunkt in der Abrüstungsfrage aufzugeben. Abgesehen von diesem Punkt kann Polen überzeugt sein, daß es unter Verzicht einer aufrichtigen Bereitschaft zur Verständigung begegnen wird, freilich unter der Bedingung, daß Polen, die untersten Staatsorgane nicht ausgeschlossen, ebenso einen aufrichtigen Verständigungswillen an den Tag legt. Alle Verfolgungen des Deutschlands in Polen und durch Polen können mit den freundschaftlichen Verhandlungen mit Deutschland nicht in Einklang gebracht werden.“

Der Deutsche Gesandte beim polnischen Handelsminister.

Warschau, 23. November. (PAZ) Der polnische Minister für Industrie und Handel, Dr. Ferdinand Jarzycki, empfing gestern den Deutschen Gesandten von Wolke zu einer längeren Unterredung.

In Europa besteht nicht ein einziger Streitfall, der einen Krieg rechtfertigt.

Alles läßt sich zwischen den Regierungen der Völker regeln, wenn sie das Gefühl ihrer Ehre und ihrer Verantwortlichkeit besitzen.

Es gibt ein von vaterländischem Geist befehltes Polen und ein nicht weniger an seinen Traditionen hängendes Deutschland. Zwischen ihnen bestehen Differenzen und Reibungspunkte, die auf einen schlechten Vertrag zurückzuführen, aber nichts, was wert wäre, kostbares Blut zu vergießen, denn es sind immer die Besten, die auf den Schlachtfeldern fallen. Deshalb ist zwischen Deutschland und Polen ein gut nachbarliches Abkommen möglich.

Man beleidigt mich, wenn man weiterhin erklärt, daß ich den Krieg will. Sollte ich wahnwichtig sein? Den Krieg? Er würde keine Regelung bringen, sondern nur die Weltlage verschlimmern. Er würde das Ende unserer Rassen bedeuten, die Eliten sind, und in der Folge der Zeiten würde man sehen, wie Asien sich auf unserem Kontinent festsetzt und der Bolschewismus triumphiert. Wie sollte ich einen Krieg wünschen, während doch die Folgen des letzten Krieges noch auf uns lasten und sich noch 30 oder 40 Jahre lang fühlbar machen werden. Ich denke nicht für die Gegenwart, sondern ich denke an die Zukunft.

Ich habe vor mir eine lange innerpolitische Arbeit. Ich habe dem Volke den Begriff seiner Ehre wiedergegeben. Ich will ihm auch die Lebensfreude wiedergeben. Wir bekämpfen das Elend. Schon haben wir die Arbeitslosigkeit zurückgedrängt. Aber ich will Besseres leisten! Ich werde noch Jahre brauchen, um dahin zu gelangen. Glauben Sie, daß ich meine Arbeit durch einen Krieg zu nichte machen will?

Der Berichterstatter wies in diesem Zusammenhang auf die äußere Aufgabe hin, die man in Deutschland findet: die Freude und die Verherrlichung der Kraft.

Der Reichskanzler habe darauf erwidert, daß Deutschland fähig sein müsse, sich zu verteidigen. Sein Programm lasse sich folgendermaßen präzisieren: Keinen Deutschen für einen neuen Krieg; aber für die Verteidigung seines Vaterlandes das gesamte Volk. Wenn die Jugend in Deutschland in Reich und Glied marschiere, wenn sie die gleiche Kleidung trage, so deshalb, weil sie die neue Ordnung und ihre Garantie verkörpere.

Das Gespräch habe sich sodann den Mitteln zugewandt, durch die das deutsch-französische Problem bereinigt werden könnte.

Der Reichskanzler führte nach Schilderung de Brinons aus: „Wie kann die Verständigung zwischen gleichberechtigten Nachbarländern verwirklicht werden? Mein Vaterland ist nicht eine zweitrangige Nation, sondern eine große Nation, der man eine unerträgliche Behandlung aufgezwungen hat. Wenn Frankreich seine Sicherheit darauf aufzubauen gedenke, daß es Deutschland unmöglich sei, sich zu verteidigen, dann ist nichts zu machen, denn die Zeiten, in denen das möglich war, sind zu Ende. Wenn Frankreich aber seine Sicherheit in einem Abkommen finden will, bin ich bereit, alles anzuhören, alles zu begreifen, alles zu unternehmen.“

Man weiß ziemlich genau, worin die von Deutschland geforderte Gleichheit besteht. Moralisch handelt es sich um ein absolutes Gleiches Recht. Die praktische Durchführung kann etappenweise erfolgen, und man kann über die Einzelheiten verhandeln. Aber man sagt mir: Gewiß, Gleichheit, jedoch keine Gleichheit ohne Gegenleistung. Welche Gegenleistung?

Man müßte endlich den Inhalt des französischen Wortes Sicherheit kennen!

Auf den Hinweis de Brinons, in Frankreich möchte man auch die Gewißheit haben, daß nach endgültiger Regelung der Differenzen nicht neue Schwierigkeiten auftauchen, erwiderte der Kanzler:

„Ich allein entscheide über die Politik Deutschlands, und wenn ich mein Wort gebe, dann bin ich gewohnt, es zu halten. Was ist also noch notwendig? Ich habe keinen Thron geerbt, ich habe aber eine Lehre aufrecht zu erhalten. Ich bin ein Mensch, der handelt und der für seine Handlungen Verantwortung übernimmt. Ich bürgere mit meiner Person für das Volk, das ich führe und das mir die Kraft gibt.“

Aber sprechen wir von der französischen Sicherheit! Wenn man mir sagen würde, was ich für sie tun kann, würde ich es gern tun, wenn es sich nicht um eine Unzehr oder um eine Drohung für mein Land handelte. Ein englischer Journalist hat geschrieben, daß man zur Verständigung Europas eine Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich herbeiführen und Frankreich die zusätzliche Sicherheit eines Verteidigungsbündnisses mit England geben müsse. Wenn es sich um ein derartiges Bündnis handelt, will ich es gern unterschreiben; denn ich habe keineswegs die Absicht, meinen Nachbarn anzugreifen.“

„Polen sieht das ein, aber weil Polen östlicher liegt als Frankreich, kennt es uns besser.“

Auf die Frage, ob Deutschland nach Genf zurückkehren werde, habe der Reichskanzler, wie de Brinon berichtet, geantwortet: „Als ich Genf verließ, habe ich eine notwendige Handlung vollzogen, und ich glaube, damit zur Klärung der Lage beigetragen zu haben.“

Wir werden nicht nach Genf zurückkehren.

Der Völkerbund ist ein internationales Parlament, in dem die Mächtegruppen im Gegensatz zueinander stehen. Die Mißverständnisse sind dort verschärft worden, anstatt gelöst zu werden. Ich bin stets bereit, und ich habe das bewiesen, Verhandlungen mit einer Regierung aufzunehmen, die mit mir sprechen will.“

De Brinon zieht aus seiner Unterredung mit dem Reichskanzler den Schluß, daß das Urteil des englischen Journalisten Ward Price zutrifft, der auf Grund einer Unterredung mit dem Reichskanzler von dessen Aufrichtigkeit überzeugt wurde.

Starke Beachtung des Kanzler-Interviews in England.

London, 28. November. (Eigene Drahtmeldung.) Das Interview des Reichskanzlers mit einem Vertreter des „Matin“ findet in der politischen Presse Englands starke Beachtung.

„Daily Telegraph“ bringt die Unterredung an hervorragender Stelle unter der Überschrift „Hitler spricht zu Frankreich.“ Ein Interview von außerordentlicher Bedeutung. — Eine bemerkenswerte Geste gegenüber Frankreich.“

Der diplomatische Mitarbeiter des „Daily Telegraph“ mißt dem Umstand besondere Bedeutung bei, daß der Gesprächspartner de Brinon in Paris eine halbamtliche Stellung habe. Er weist darauf hin, daß de Brinon während der Weltwirtschaftskonferenz dem Stabe des französischen Ministerpräsidenten Daladier (dem jetzigen französischen Kriegsminister) beigeordnet war. In diesem Lichte gesehen, könne Brinons Besuch bei Hitler etwas mehr als eine rein journalistische Bedeutung haben. Auf jeden Fall würden seine Eindrücke und Ansichten die Aufmerksamkeit seiner politischen Führer finden.

Der „Times“-Berichtersteller glaubt, daß die Unterredung in Paris „einigen Eindruck“ gemacht habe. Man sei jedoch der Ansicht, daß etwas mehr als Worte von Hitler nötig seien, bevor Frankreich die gegenwärtige Politik der Vorsicht abändern könne.

Als einzige Zeitung räumt die konservative „Morningpost“ den bekannten Fälschungen des „Petit Parisien“ einen weitgehenderen Platz als dem Hitler-Interview ein. In einem Leitartikel schreibt das Blatt wiederum von den „zwei Stimmen“ Hitlers. Während gewisse Unterredungen die öffentliche Stimme Hitlers seien, spreche seine „private Stimme“ aus der Veröffentlichung des „Petit Parisien“.

Papens Angebot an Frankreich.

Die in Paris erscheinende Wochenschrift „Jahr 1933“ veröffentlicht ein sensationelles Dokument in Gestalt einer Erklärung des ehemaligen Reichskanzlers von Papen über die deutsch-französischen Beziehungen. Die Thesen des Herrn von Papen lassen sich nach dem „Nustrowany Kurjer Codzienny“ wie folgt zusammenfassen:

Ehe, daß du irre gehst,
Wirst du nicht die Heimat kennen,
ehe du im Finstern stehst,
leiste keinen Stern benennen.

Ruth Schumann.

1. Eine besondere Konvention muß Frankreich und Deutschland aneinander fesseln.

2. Frankreich darf keine größere Beachtung den Rüstungen des nationalsozialistischen Deutschland schenken als die, die es auch den Rüstungen Deutschlands zur Zeit Stresemanns geschenkt hat.

3. Frankreich muß verstehen, daß Deutschland das Versailleser Traktat ebenso bekämpfen wird, wie Frankreich seiner Zeit das Frankfurter Abkommen bekämpft hat.

4. Hitler, der heute ganz Deutschland hinter sich hat, reicht Frankreich die Hand. Dies ist eine Gelegenheit, die vorübergehen kann.

Wieder in Leipzig!

Der Prozeß gegen die Reichstagsbrandstifter.

Leipzig, 28. November. (Eigene Drahtmeldung.) Die Wiederaufnahme der Verhandlungen im Reichstagsbrandstifterprozeß gegen van der Lubbe und Genossen erfolgte im Reichsgericht zu Leipzig am heutigen Donnerstag vormittag um 9.40 Uhr. Senatspräsident Dr. Bünzger gibt bekannt, daß vor dem Eintritt in den politischen Teil der Verhandlung noch einige Rufe aus dem Berliner Abschnitt der Beweisaufnahme durch Zeugenvernehmungen zu erledigen sei.

Dre Hauptverhandlungsaal des Reichsgerichts bietet nicht mehr das Bild wie im ersten Abschnitt der Verhandlung: Pressevertreter sind nur in geringer Zahl anwesend. Auch die Zuhörer haben sich nicht in so eng gedrängter Fülle eingefunden wie zu Anfang. Die Angeklagten sehen durchweg wohl aus. Van der Lubbe sieht fast frei in den Saal hinein.

Weitere sechs Monate für Heinz Weber.

Vor dem Landgericht in Kattowitz wurde am Dienstag erneut gegen den verantwortlichen Redakteur der „Kattowitzer Zeitung“ Heinz Weber, wegen dreier beschlagnahmter Artikel verhandelt. In zwei Fällen erfolgte die Beurteilung zu drei Wochen Haft bzw. sechs Monaten Gefängnis, wobei die beiden Strafen zu sechs Monaten Gefängnis zusammengezogen wurden. Im dritten Falle erfolgte ein Freispruch. Insgesamt ist Weber bisher zu drei Jahren und acht Monaten Gefängnis verurteilt worden.

Die beanstandeten Artikel beschäftigten sich mit der wirtschaftlichen und politischen Lage in den Ostgebieten Polens und zwar in der Zeit vor den großen Bäumern-Prozessen, ferner behandelten sie einen in Dialekt verhandelten Spionageprozeß, der ohne jeden Kommentar registriert wurde und schließlich eine Gerichtsverhandlung gegen einen Arbeitslosen, der den Staatspräsidenten beleidigt hatte. In der Überschrift dieses Artikels, die zum Teil den Wortlaut einer Aussage des Angeklagten enthielt, erblickte der Staatsanwalt, obwohl sie in Anführungszeichen stand, eine Beleidigung des Staatspräsidenten.

Selbstverständlich wurde auch gegen all diese Urteile Berufung angemeldet.

Das Attentat in Innsbruck vor Gericht.

Vor dem Wiener Schwurgericht hat der Prozeß gegen den Berliner Kaufmann Werner von Alvensleben stattgefunden, der unter der Anklage steht, sich an dem am 11. Juli d. J. in Innsbruck verübten Attentat gegen den gegenwärtigen Propaganda-Kommissar Dr. Steidle beteiligt zu haben. In der Anklageschrift wird festgestellt, daß Alvensleben in der Untersuchung die Teilnahme an dem Attentat, das mit Hilfe eines gewissen Nationalsozialisten aus Deutschland verübt worden sei, zugegeben habe. In der Verhandlung erklärte der Angeklagte, daß er und sein Gefährte nicht die Absicht gehabt hätten, Dr. Steidle zu töten; sie hätten ihm nur einen Denkzettel geben wollen. Nach der Aussage Alvenslebens gab sein Gefährte, dessen Namen er nicht kenne, die Schüsse auf Dr. Steidle ab. Nach den Schüssen flüchteten beide in einem Auto nach Bayern. Alvensleben kehrte dann aber nach Österreich zurück, um, wie er in der Untersuchung aussagte, abermals ein Attentat auf Dr. Steidle oder auf Dr. Sey zu verüben.

Auf die Frage des Vorsitzenden und des Staatsanwalts erwiderte der Angeklagte, er habe die Absicht gehabt, in Wien eine politische Aktion durchzuführen. Nähere Einzelheiten hierüber könne er jedoch nicht mitteilen. Was seine Parteizugehörigkeit anbelangt, so sagte der Angeklagte, daß er Nationalsozialist gewesen, jedoch schon im Jahre 1931 aus dieser Partei ausgetreten sei. Als Zeugen wurden hierauf Dr. Steidle und dann noch weitere Personen vernommen. Das Urteil lautete auf drei Jahre Gefängnis und Ausweisung aus Österreich.

Amnestie?

Wie sich der „Nustrowany Kurjer Codzienny“ aus Warschau melden läßt, ist in dortigen Gerichtskreisen das Gerücht wieder aufgetaucht, als ob in absolut maßgebender Quelle bereits die Gewißheit herrsche, daß für die politischen Gefangenen schon im Dezember d. J. eine Amnestie erlassen werden soll. Nach diesen Gerüchten sollen jedoch von der Amnestie die politischen Verbrecher ausgeschlossen werden, die sich durch die Flucht ins Ausland der Urteilsvollstreckung entzogen haben. Der Umfang der zu erlassenden Amnestie sei noch nicht bekannt.

Der Völkerbund — ein ungeeigneter Boden.

Wie wir bereits melden konnten, wird sich der Große Faszistische Rat in seiner Sitzung am 5. Dezember mit der internationalen Lage beschäftigen und hierbei besonders mit den Beziehungen Italiens zum Völkerbunde und die Wirksamkeit des Völkerbundes nach dem Austritt Japans und Deutschlands nachprüfen.

In diesem Zusammenhange wird daran erinnert, daß der Große Faszistenrat schon einmal im April 1932 eine Überprüfung des italienischen Verhältnisses zum Völkerbunde für die nächste Herbstsitzung im gleichen Jahre angekündigt hatte. Infolge der heißen internationalen Lage war es damals aber nicht zu einer endgültigen Stellungnahme gekommen. In maßgebenden italienischen Kreisen wird betont, daß die Regierung nach wie vor der Ansicht sei, daß die schwerwiegenden Gegensätze innerhalb der europäischen Politik durch den Riesenapparat des Genfer Instituts nicht nur nicht gelöst, sondern häufig noch verschärft würden. Die italienische Politik sei nicht aus Prinzip völkerbundsfeindlich, jedoch müsse sie feststellen, daß der Völkerbund, aus dem nun Japan und Deutschland ausgetreten seien, während ihm die Vereinigten Staaten und Rußland nie angehört, ein zu erfolgreicher Behandlung derart schwieriger Fragen wie die Abrüstung ungeeigneter Boden sei.

Der Rechtsanwaltsrat für eine Begnadigung.

Am Dienstag Abend fand eine Sitzung des Rechtsanwaltsrates statt, in der man beschließen sollte, die ebemalten Vertreter Gefangenen Kierulff, Lieberman und Pragier aus der Anwaltsliste zu streichen. Ein solcher Antrag ist aber, der Kattowitzer „Polonia“ zufolge nicht eingetraget worden, und man hat sich mit dieser Frage auch nicht beschäftigt. Dagegen wird in Rechtsanwaltskreisen die Möglichkeit erwogen, durch die Annahme einer Kollektivbittschrift an den Präsidenten der Republik um Begnadigung der verurteilten Kollegen einzureichen.

In der Dienstag-Sitzung der Geschäftsordnungs-Kommission des schlesischen Sejm wurde beschlossen, folgende schlesische Abgeordnete den Gerichten auszuliefern: Korfanty, Dr. Hager, Protop und Dömann. Die Abgeordneten Korfanty, Hager und Protop werden wegen Beleidigung, der Abg. Dömann vom Deutschen Klub dagegen wegen Verheimlichung seines Einkommens gerichtlich verfolgt.

Wie Warschauer Zeitungen melden, sind die Gerichtsbehörden an den Sejm mit dem Antrage herangegangen, die Abgeordneten der Polnischen Volkspartei (Bauernblock) Arzciel, Stachnik und Pirog auszuliefern. Alle drei haben Mandate aus Bezirken Ostgaliziens inne, in denen in den letzten Monaten Bauern-Unruhen stattgefunden haben, die in der Folge den Gegenstand zahlreicher Prozesse bildeten.

Republik Polen.

Demonstration vor dem Englischen Konsulat in Warschau.

Wie der „Nustrowany Kurjer Codzienny“ aus Warschau meldet, haben unbekannte Täter im dortigen Englischen Konsulat eine Fensterscheibe eingeschlagen. Der Stein, mit dem diese Tat verübt wurde, war in Papier eingewickelt, das die Inschrift trug: „Nieder mit der antisemitischen Englischen Regierung. Wir fordern die staatliche Autonomie für Palästina.“ Dies ist schon der zweite Fall, daß die Fensterhebeln bei den diplomatischen Vertretern Großbritanniens in Warschau eingeschlagen wurden, denn am vergangenen Sonntag wurden die Scheiben im englischen Botschaftsgebäude eingeschlagen.

„Ganja-Weltatlas“ in Polen verboten.

Durch Entscheidung des Innenministeriums ist dem deutschen Verlagswerk „Ganja-Weltatlas“ mit der Begründung das Postdebit entzogen worden, daß der Atlas, der in deutschen Minderheitenschulen im Gebrauch sein soll, infolge seiner Bearbeitung der polnischen Sache auf internationalem Gebiet einen großen Schaden zugefügt habe.

Deutsches Reich.

General von Sinsingen kein Richter.

Die „Postische Zeitung“ hatte am 7. November eine Rede des stellvertretenden Vorsitzenden des „Verbandes christlich-deutscher Staatsbürger richtarischer Abstammung“, Rechtsanwalt Günther Alexander-Rat, auszugswweise wiedergegeben, in der behauptet worden war, daß auch der Generaloberst von Sinsingen Richter sei. Der Generaloberst von Sinsingen teilt hierzu selbst mit, daß diese Angabe auf einem Irrtum beruht. Die Familie von Sinsingen leitet ihren Ursprung aus dem Jahre 1159 her und hat in diesem Zeitraum keine Richter zu den Ihren gezählt.

Rudolf Heß ordnet an:

Der Stellvertreter des Führers, Rudolf Heß, veröffentlicht folgende Verfügung: „Parteiangehörigen, die ein staatliches Amt bekleiden, sowie Parteibienststellen dürfen auf eigene Faust keine Verordnungen herausgeben, die 1. ein Höchstmaß an der Bevölkerung oder einzelner Bevölkerungsschichten festlegen, 2. das Doppelverdienstverbot regeln sollen, 3. der Bevölkerung zwangsweise Abgaben allgemeiner Art über die offiziellen Steuern hinaus auferlegen.“

Das Recht, derartige Verordnungen zu erlassen, steht lediglich den zuständigen Behörden zu.“

Wasserstandsrichten.

Wasserstand der Weichsel vom 23. November 1933.
Krakau + 2,55, Zawichost + 1,51, Warschau + 1,79, Bioc. + 1,58, Thorn + 2,08, Kordun + 2,09, Culm + 1,98, Graudenz + 2,23, Ruzzebrat + 2,26, Bickel + 1,66, Dirschau + 1,56, Anlage + 2,10, Schiewenhorst + 2,26.

Aus dem Basallen ein Bundesgenosse.

In der nationaldemokratischen Presse ist aus Anlaß des 14. November die deutschfeindliche These wieder aufgelebt, daß Deutschland sich gegen Polen und Frankreich zu einem Kriege vorbereite.

Mit der nationaldemokratischen These, daß Deutschland die Sicherheit Frankreichs und Polens bedrohe, könnte man sich vielleicht als einer der Eventualitäten einverstanden erklären.

Noch kein Traktat hat sich in der Geschichte erhalten. Man braucht sich also mit der Nationaldemokratie über das Dogma von der Unantastbarkeit des Versailler Traktats nicht zu streiten.

Noch keiner unserer Minister hat auf die Politik der Sicherheit verzichtet, also auf eine genaue Kontrolle des Rüstungsstandes Deutschlands, auf die Kontrolle darüber, ob es nicht Gas produziert, ob es nicht Tanks baut usw.

Wer hat also dieses System der Sicherheit oder auch das System der Rüstpolitik gebrochen, wir oder die Franzosen? Freilich sind es die Franzosen gewesen.

Aus diesem Titel können also die Nationaldemokraten keinem unserer Minister Vorwürfe machen. Sie müßten dagegen alle Forderungen der französischen Rechten an sämtliche französische Kabinette teilen.

Frankreich — Deutschland — Polen

Ist das Verfahren Frankreichs direkt entgegengesetzt. Die Franzosen gingen von der Voraussetzung aus, daß Polen dazu verurteilt ist, nur einen Bundesgenossen und zwar Frankreich zu besitzen.

Je besser, je friedlicher die deutsch-französischen Beziehungen waren, um so schlimmer waren die Beziehungen zwischen Deutschland und Polen.

Indem Polen sich mit seiner Front gegen Deutschland wandte, ermöglichte es Frankreich eine friedliche Politik gegenüber Deutschland. War doch der Garant der Sicherheit dieses Polen, das die Zähne gegen Deutschland fleckste, dieses Polen, das die Franzosen in seiner Deutschfeindlichkeit zurückhalten mußten, die uns laut als ein Hindernis in den deutsch-französischen Beziehungen zu bezeichnen begannen.

Polen erleichtert nicht allein durch seine anti-deutsche, inhaltlich arbiträre Politik, sondern ermöglicht sogar Frankreich die deutsch-freundliche Politik, die Politik Briands.

Seit dem 14. November wird man in Frankreich nicht eine geringere, sondern eine größere Aufmerksamkeit auf die Sicherheit lenken, unsere Verständigung mit Deutschland wird die französische Außenpolitik nicht nach links, sondern nach rechts leiten.

„Und wozu soll uns der Basall im Osten?“

Zur Zeit des Ministers Zaleski war die polnische Politik zu einer passiven deutschfeindlichen Rolle, zu der Rolle eines Staates herabgedrückt, der nur auf den einen Genossen, ja noch mehr, auf den guten oder schlechten Humor dieses Bundesgenossen angewiesen ist.

Deutscher Volksgenosse!

Am 26. November mußt Du Deine Pflicht tun und den Stimmzettel der

Deutschen Liste

abgeben. Wende Dich an den Vertrauensmann der Deutschen Liste; nur von ihm allein erhältst Du den richtigen Stimmzettel!

Die erste Etappe dieser Politik war die Anbahnung guter Beziehungen mit den Sowjets. In dieser Politik verdroß uns so manches und so manch einen Schritt haben wir als zu weitgehend bezeichnet.

Die zweite Etappe, die viel wichtiger ist, da Polen in Europa liegt, beruht darin, daß wir uns eine Reihe von Angeboten nutzbar machen, die uns Hitler gemacht hat.

Er war das Pseudonym der englisch-französisch-deutschen diplomatischen Zusammenarbeit.

Der Grundsatz des Völkerbundes bestand also darin, Polen aus dem System der direkten politischen Mitarbeit auszuschalten.

Das direkte System der Unterredungen zwischen Polen und Deutschland richtet sich durchaus nicht gegen den Grundsatz der Loyalität im französisch-polnischen Bündnis.

Wir haben aufgehört, ein Basall Frankreichs zu sein, werden aber sein Bundesgenosse bleiben.

Wichtige Gründe sind es, die uns dazu veranlassen. Wir sind ein zu großer Staat in Europa, daß wir nicht die Verantwortung für den Frieden in Europa tragen sollten.

Prag ist über sich.

Der Prager Korrespondent der „Frankfurter Zeitung“ betont in einem Artikel, der die Überschrift „Prag und die deutsch-polnischen Unterredungen“ trägt, daß die Regierung der Tschechoslowakei durch die Meldung von den deutsch-polnischen Gesprächen über rascht gewesen sei.

Die „Sibove Noviny“ sind der Meinung, daß dieser selbständige Schritt der polnischen Diplomatie einer Aufklärung bedarf.

Frankreich und der Wahlausgang in Spanien

Der Führer der spanischen Rechtsparteien für Regierung der Mitte.

Das Ergebnis der spanischen Wahlen hat in der französischen Öffentlichkeit kein geringes Aufsehen erregt. In den Besprechungen der französischen Presse findet man wiederholt die besorgte Frage, ob die spanische Republik etwa in Gefahr sei.

Der Führer der bei den spanischen Wahlen siegreichen Rechtsparteien, Gil Robles, hat dem „Journal“ gegenüber gesagt, der Ausgang der Wahl sei eine Folge der Religionsverfolgungen und der Haltung der Sozialisten.

Die II. Internationale soll schlichten.

Paris, 22. November. (Eigene Drahtmeldung.) Etwa 50 sozialistische Abgeordnete, die zwischen der Gruppe Renaudel und den Anhängern Léon Blums stehen, haben die II. Internationale schriftlich um ihr Eingreifen in die Streitigkeiten innerhalb des sozialistischen Lagers in Frankreich erlucht.

In Innerasien verschollen.

Eine Unterredung mit dem schwedischen Forscher Dr. Ambold von der Sven Hedins Expedition.

Die Stockholmer Zeitung „Svenska Dagbladet“ bringt eine Unterredung mit Dr. Ambold von der Sven Hedins Expedition. Der Forscher war monatelang in Innerasien verschollen und man befürchtete das Schlimmste.

Dr. Ambold berichtet nun, daß er sich schon im Mai 1932 an der Grenze zwischen Tibet und Turkestan von seinen Kameraden trennte. Ambolds Absicht war, das tibetanische Hochgebirge zu überqueren und an dem berühmten Popov-See vorbei nach Peking zu kommen.

